10 Jahre kantonales Frauenstimmrecht

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **36 (1980)**

Heft 12

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844330

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

10 Jahre kantonales Frauenstimmrecht

Am Samstag (15. November) sind es genau zehn Jahre her gewesen, dass im Kanton Zürich das Frauenstimmrecht angenommen wurde. Die Zürcher Frauenzentrale veranstaltete deshalb zusammen mit den politischen Frauengruppen sowie — last but not least — mit unserem Verein eine Feier, die auf dem Lindenhof begann. Wegen des unfreundlichen Wetters und auch wegen einer gewissen Nervosität der rund 150 Teilnehmer vorwiegend weiblichen Geschlechts, bewirkt durch vereinzelte Störaktionen von AJZ-Aktivisten, begab man sich nach dem Auftakt der Stadtjugendmusik und den Grussworten des Stadtpräsidenten Sigmund Widmer unverzüglich ins Stadthaus. Dort hielt Frau Dr. *Lilly Nabholz,* Präsidentin der Eidg. Kommission für Frauenfragen, einleitend Ausblick auf noch offene Frauenpostulate (diesen finden Sie auf Seite 1 dieser Nummer abgedruckt).

Die *Boldern-Spielfrauen* brachten die Anwesenden — es befanden sich unter ihnen verschiedene Parlamentarierinnen — mit ihren Szenen «Heidis Erfahrungen mit der Politik» zum Schmunzeln; Aha-Erlebnisse mussten in diesem Kreis von Eingeweihten natürlich nicht mehr vermittelt werden.

Abschliessend setzte sich Frau Ständerätin/Stadträtin Dr. *Emilie Lieberherr* mit der Frage auseinander, auf welche Weise Frauen politisch tätig sein sollten. Sie bekundete ein gewisses Verständnis für jene vorwiegend jüngeren Geschlechtsgenossinnen, die ob der «offiziellen Politik» in Frauenfragen erbittert resignieren, plädierte aber doch mit Überzeugungskraft für eine Männer und Frauen integrierende Politik. Bis ein solcher Idealzustand erreicht sei, seien jedoch Frauenorganisationen, Frauengruppen in den Parteien, die Eidg. Kommission für Frauenfragen usw. weiterhin dringend nötig, sagte sie. Sie rief die Frauen auf, **Solidarität** zu üben, und gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich im nunmehr angebrochenen, zweiten Jahrzehnt das **Selbstwertgefühl** aller Frauen nachhaltig verbessern möge. *es.*

Studie «Frau und Gesamtverteidigung» liegt nun vor

Das Eidgenössische Militärdepartement hat am 24. November — endlich — die Studie der ehemaligen FHD-»Chefin Andrée Weitzel «Die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung» veröffentlicht. (Andrée Weitzel lieferte sie Ende *1979* der Zentralstelle für Gesamtverteidigung ab!) Hauptanliegen dieser Studie ist die bessere Ausbildung der Frau in Fragen des Verhaltens und Überlebens im Katastrophen- und Konfliktfall. Es werden insgesamt 18 Varianten unterbreitet, wie die Frauen für die Gesamtverteidigung vorbereitet werden könnten. Ein obligatorischer Militärdienst für Frauen wird nicht vorgeschlagen. Am weitesten ginge ein halbjähriger obligatorischer Sozialdienst.

Die Gesamtverteidigungskonzeption aus dem Jahr 1973 wendet sich an die Gesamtheit des Volkes. Es gibt jedoch bis heute keine Rechtsgrundlage, so heisst es im Bericht, welche die Frau zur Mitwirkung im Rahmen der Gesamtverteidigung verpflichten würde. Im Ernstfall kann der General jedoch «alle Kräfte des Landes» aufbieten zum Einsatz in Wirtschaft, Infrastruktur, Unterhalt, Versorgung, Produktion usw. Diese Art des Vorgehens kritisiert Andrée